

Posener Zeitung

Neunundneunzigster Jahrgang.

Inserate
werden angenommen
in Posen bei der Expedition
der Zeitung, Wilhelmstr. 17.
K. A. Hirsch, Hoflieferant,
Dr. Gerber- u. Breitestr.-Ede,
Haus Niekisch, in Firma
J. Jermann, Wilhelmplatz 8.

Verantwortlicher Redakteur:
i. V. J. Hirschfeld
in Posen.

Nr. 307

Die "Posener Zeitung" erscheint wöchentlich fünf Mal,
an Sonn- und Feiertagen folgenden Tagen jedoch nur zwei Mal.
an Sonn- und Feiertagen ein Mal. Das Abonnement beträgt jährlich
450 M. für die Stadt Posen, 540 M. für
ganz Deutschland. Bestellungen nehmen alle Ausgabehäuser
der Zeitung sowie alle Postämter des deutschen Reiches an.

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

54. Sitzung vom 2. Mai, 12 Uhr.
(Nachdruck nur nach Übereinkommen gestattet.)

Auf der Tagesordnung steht zunächst die erste Berathung des Gesetzentwurfs, betr. das Diensteinkommen der Lehrer an den nichtstaatlichen öffentlichen höheren Lehranstalten.

Abg. v. Schendendorff (nl.): Die Notwendigkeit, die Lehrer an den nichtstaatlichen höheren Lehranstalten mit denen an staatlichen Anstalten in ihrem Einkommen gleichzustellen, ist von jeher von allen Seiten anerkannt worden. Der bisherige Zustand ungenügender Bezahlung an vielen nichtstaatlichen Anstalten hatte zur Folge, daß sich viele minderwertige Kräfte an einer Schule sammeln, und diese in ihrer Bedeutung herabgedrückt werde. An diesen Zuständen sind ein Theil der Gemeinden ja nicht schuld, insfern, als ihre Mittel nicht erheblich sind, ein anderer Theil aber hat eine Schuld, indem er erklärte, nur gesetzlichem Zwange weichen zu sollen. In dieser Hinsicht müssen wir die Tendenz der Vorlage dankbar anerkennen. Heute fragt es sich, wie das Herrenhaus diese Vorlage aufnehmen wird, nachdem es vorher ähnlichen Anregungen ablehnend gegenüber gestanden hat. In der Schulkonferenz kamen die schlechten Verhältnisse der hier in Betracht kommenden Anstalten zur Sprache, und da zeigte es sich, daß eine nicht kleine Anzahl von Lehrern an nichtstaatlichen Anstalten innerhalb 10–18 Jahren keine Aufbesserung erhalten hatten.

Wenn wir das Prinzip des Gesetzes aus diesen Gründen auch durchaus billigen, so haben wir doch Bedenken gegen die Form. Zunächst erscheint uns bedenklich die Bestimmung, daß die Gemeinden nicht, wie in dem Normalstatut für die staatlichen Anstalten festgelegt ist, zur Einführung des Systems der Dienstalterszulagen gezwungen werden. An dem Prinzip der Dienstalterszulagen muß festgehalten werden. Unleugbar werden viele Gemeinden durch das Gesetz schwer betroffen, und der Staat wird in solchem Falle, wo die Gemeinden sich als nicht genügend leistungsfähig erweisen, helfend eintreten müssen. Die Kommission von 21 Mitgliedern, der ich das Gesetz zu überweisen bitte, wird diese Frage regeln müssen. Sie wird sich auch eingehend zu beschäftigen haben mit dem § 7, welcher den Minister ermächtigt, die Höhe des Schulgeldes für die nichtstaatlichen Anstalten zu bestimmen. (Die Ausführungen hierüber sind bei der herrschenden Unruhe unverständlich). Hoffen wir, daß die Verbesserungen, welche den Lehrern durch diese Vorlage zu Theil werden sollen, zur Regelung unseres höheren Schulwesens und unseres Lehrerstandes betragen werden. (Beitrag bei den Nationalliberalen.)

Kultusminister Dr. Bosse: Die Einbringung dieser meiner ersten Vorlage macht mir besondere Freude. Als ich vor vielen Jahren Referent für die Externa des höheren Unterrichtswesens war, da war es einer meiner glücklichsten, wenn auch bescheidenen, parlamentarischen Aktionen, bei der Regelung der Bedürfniszuschüsse zum ersten Mal schüchtern einen Versuch zu machen, deren Abschluß Sie hier haben. Der Urprungs des Gesetzes liegt hauptsächlich in der Initiative des Hauses, speziell der Herren von Schendendorff und Kropatsch. Es ist ein Alt ausgleichender Gerechtigkeit. Die Vorlage entspricht allerdings nicht allen Wünschen, die vom Hause geäußert sind. Wir müssten uns einschränken, um den Städten es nicht zu schwer zu machen, darauf einzugehen. Das ist auch der Grund für den § 2, wonach unter Umständen von Dienstalterszulagen abgesehen werden kann, wogegen der Vorredner besondere Bedenken hatte. Es ist richtig, daß in einer einzelnen Stadt ein gewisses Zeitnageln auf einen Satz eintreten kann. Ich hoffe aber, daß die Städte sich zu Bezahlungsgemeinschaften vereinigen und schließlich doch zum strikten System der Dienstalterszulagen kommen werden. Eine Vorlage, betr. die Bezahlungszulagen habe ich einstweilen zurückgestellt, um die Session nicht zu überlasten. Es ist aber wenigstens Gelegenheit gegeben, daß facultativ einzuführen. Ich hoffe, daß wir zu einer Einigung gelangen werden.

Abg. Dr. Lieber (Btr.): Die Vorlage bedeutet einen tiefen Eingriff in die kommunale Selbständigkeit, und ich würde nicht als Redner für das Gesetz auftreten sein, wenn nicht im Staat schon 900 000 M. für diese Zwecke ausgeworfen worden wären. Vor Allem wird in der Kommission darauf hingearbeitet werden müssen, daß der Staat für die Mehrbelastung der Gemeinden durch dieses Gesetz aufkommt, soweit es sich um bereits bestehende Anstalten handelt. Zu diesem Zwecke haben wir ja die 900 000 M. bewilligt. Aber diese Summe wird nicht reichen, und der Staat wird auch die Differenz hergeben müssen. Da die Gemeinden ein flagbares Recht auf einen Staatszuschuß nicht haben, so wird auch die Kommission in dieser Beziehung geeignete Vorsorge treffen müssen. Bedenklich erscheint uns ferner, daß man auch den Stiftsschulen, also den nicht kommunalen Anstalten, dieselben Belastungen auferlegt, wie den kommunalen. Ein fernerer Bedenken ist das, daß wir den Normalstatut für die staatlichen Anstalten ausdrücklich nur für dieses Jahr bewilligt haben, während die Sätze dieses Normalstatuts für die Gemeinden durch Gesetz dauernd festgestellt werden. Auch die Schulgeldfrage hat große Bedenken. Konkurrenzbedenken dürfen doch nicht durchschlagend sein für das Recht des Ministers, das Schulgeld erhöhen zu lassen nach Maßgabe des Schulgeldes an staatlichen Anstalten. Ich persönlich würde sogar nicht ansehen, einen solchen Gebrauch der Gesetzgebungsgewalt als Missbrauch zu bezeichnen (sehr richtig! links und im Zentrum). Alle diese Bedenken werden in der Kommission einer eingehenden Erörterung unterzogen.

Abg. Dr. Dürré (nl.): Es ist erwiesen, daß in vielen Gemeinden der Wohnungsgeldzuschuß und die Reliktenversorgung nicht eingeführt ist. Nicht immer ist Mangel an Mitteln daran schuld, oft fehlt auch der gute Willen. So sind von einer Stadtverordnetenversammlung in einer Stadt die Mittel verwiegert worden zum Abdruck eines Auflasses im Programme des Gymnasiums. Aus diesem Grunde ist die Tendenz dieser Vorlage freudig zu begrüßen. Wenn aber die Gemeinden nicht gezwungen

werden, die Dienstalterszulagen nach Maßgabe des Normalstatuts für die staatlichen Anstalten einzuführen, so bleiben die alten Zustände nach wie vor bestehen, und der Lehrer hat wieder nur die Möglichkeit, nur innerhalb der kleinen Bevölkerungsgemeinschaft seiner Anstalt aufzurücken. In größeren Städten würden wohl Bezahlungsgemeinschaften für sämtliche in der Verwaltung bestehenden Anstalten geschaffen und so die Möglichkeit der Einführung der Dienstalterszulagen gegeben werden, aber die kleinen Städte mit nur einer Anstalt werden unter sich keine Bezahlungsgemeinschaft bilden, wenn sie nicht dazu gezwungen werden. Die Kommunen müssen aber zur Einführung der Dienstalterszulagen gezwungen werden, ein solcher Zwang zum Wohle der Schule ist durchaus notwendig und heilsam.

Abg. Seyffarth (nl.): Auch ich begrüße die Vorlage mit Freude. Wir haben die Gleichstellung der Lehrer an den nichtstaatlichen Schulen mit denen an staatlichen Anstalten immer gefordert im Interesse der Schule. Wir haben es in der letzten Zeit immer mehr erlebt müssen, daß die Anstalten kleinerer Gemeinden Schulen zweiten Ranges wurden, weil sie nur eine Durchgangsstation blieben für die Lehrer, eine Art Taubenschlag, in den die Lehrer bald ein-, bald ausfliegen. Darum war die Einbringung dieses Gesetzes an der Zeit. Aber es wird in der Kommission umgehend die Frage erörtert werden müssen, ob nicht der Staat an die Kommunen, welche weniger leistungsfähig sind, erhöhte Zuschüsse zu zahlen hat.

Abg. Dr. Meier (df.): Mit der Hauptbestimmung des Gesetzes sind auch wir einverstanden; die Hauptfrage ist durch einen Ausspruch des Hauses bereits 1886 entschieden, dem auch wir unsere Zustimmung gegeben haben. Es gibt vier Wege gegenüber Gemeinden, die zu schwach sind, die Last, die ihnen auferlegt wird, zu tragen. Der Weg eines Bedürfniszuschusses von Seiten des Staates ist ja der angenehmste, kann aber vielleicht nicht überall eingeschlagen werden, da über das Vorhandensein der Leistungsfähigkeit eine Meinungsverschiedenheit eintreten kann. Der zweite Weg, daß der Staat eine Kommunalschulanstalt in eigene Verwaltung übernimmt, kann nur eingeschlagen werden, wo Staat und Kommune einverstanden sind. Der dritte Weg ist der, daß die Gemeinde eine solche Schule, die sie nicht mehr unterhalten zu können glaubt, eingehen läßt. Und da fragt es sich, ob der Staat damit einverstanden ist, oder ob er zwangsläufig den Staat für die Schule in den Staat der Gemeinde einstellt. Solche Fälle sind bereits vorgekommen; es wäre aber nach meiner Ansicht eine grobe Härte.

Bedenken habe ich gegen den Paragraphen betr. das Schulgeld. Zuvor möchte ich mir aber zwei Fragen erlauben. Erstens: Wie hoch ist das Schulgeld? Wir wissen über die Durchführung der Maßregeln bei den staatlichen Anstalten bisher nichts. Es wurde in Aussicht genommen eine Erhöhung um 20 M. Mir ist aber ein Beispiel bekannt, in welchem eine Erhöhung um 10 M., ein anderes, in welchem eine solche um 30 M. vorgenommen ist. Die zweite Frage ist die, ob die Regierung das Recht für sich in Anspruch nimmt, in Zukunft das Schulgeld einseitig zu erhöhen. Dieses Mal ist so verfahren worden, daß die Staatsregierung dem Hause Mitteilung gemacht, dieses aber nicht widersprochen hat. Ich sehe voraus, daß, wenn in Zukunft eine Erhöhung sich als notwendig erweisen sollte, die Regierung sich vorher der Zustimmung des Landtages vergewissern wird.

Den Gemeinden soll das Recht entzogen werden, ein niedrigeres Schulgeld zu erheben als der Staat. Damit nimmt man ihnen das einzige Recht zu selbständiger Tätigkeit, welches sie überhaupt bisher gehabt haben. Die ganze Mitwirkung der Gemeinden an den höheren Lehranstalten ist ja auf ein außerordentlich niedriges Maß beschränkt. Sie haben auf dem Gebiete der Interna nichts mitzusprechen, sie bedürfen bei der Anstellung der Lehrer der Genehmigung der Regierung, welche oft aus sehr schwer begreiflichen Gründen versagt wird. Die Begründung in den Motiven für diese Maßregel kann ich als eine ausreichende nicht erachten. Die Staatsregierung will sich wehren gegen die "Konkurrenz" der nichtstaatlichen Anstalten. Das Wort "Konkurrenz" klingt in diesem Zusammenhang häßlich. Konkurrenz ist ein Korrelat zum Erwerb, aber weder der Staat noch die Gemeinden erwerben durch die Schulen Geld, im Gegenteil, die Schulen kosten viel Geld. Wenn Gemeinden Schulen gegründet haben, so haben sie das gethan im Interesse ihrer Gemeindeangehörigen, und es liegt im Interesse der Gemeindeangehörigen, das Schulgeld auf einem gewissen mäßigen Satz zu erhalten.

Darum ist es eine große Härte für die Kommune, zu einer Schulgelderhöhung gezwungen zu werden, die sie nicht für nötig hält. Ich kann mir ein solches Recht des Staates, die Gemeinden zu zwingen, nicht konstruieren. Wenn man unseren Gemeinden das Recht zugeteilt, das Schulgeld für einzelne Fälle ganz zu erlassen, warum will man nicht das Recht zugestehen, es für einzelne Fälle teilweise zu erlassen? Und wenn man das Recht zugeteilt, es für einzelne Fälle teilweise zu erlassen, warum will man nicht das Recht zugestehen, es im Allgemeinen teilweise zu erlassen, also einen niedrigeren Satz als die staatlichen Anstalten zu erheben? Wir würden großen Werth darauf legen, daß bei der weiteren Verathung dieses Gesetzes der § 7 vollständig gestrichen wird.

Ich glaube, daß das Gesetz den Apparet einer eigenen Kommission nicht erforderlich würde. Es würde genügen, es der Budgetkommision oder der Unterrichtskommision zu überweisen, in dessen will ich den Antrag nicht stellen, sondern abwarten, ob diese Anregung nicht eine einflußreiche Partei im Hause bewegt, ihn aufzunehmen. (Beifall links.)

Geh.-Rath Böhz: Die Höhe des Schulgeldes ist durchaus verschieden. So war bestand der Grundsatz, daß an Volksschulen 100 M. an Schulgeld erhoben werden, doch gab es an verschiedenen Anstalten auch große Unterschiede. An einzelnen Anstalten wurden 120 M., an anderen weniger als 100 M. erhoben. Noch weit größer sind die Unterschiede. So z. B. wird in einer Reihe von Städten für auswärtige Schüler ein höheres Schulgeld erhoben als für einheimische, in anderen wird das Schulgeld nach der Steuerveranlagung der betreffenden Eltern erhoben. Was das Recht der Regierung zur Aenderung des Schulgeldes betrifft, so

Inserate
werden angenommen
in den Städten der Provinz
Posen bei unseren
Agenturen, ferner bei den
Annoncen-Expeditionen
J. Rose, Hasenklein & Vogler, J. C.
G. L. Danke & Co., Journalenbank.

Verantwortlich für den
Inserateninhalt:
J. Klugkist
in Posen.

Dienstag, 3. Mai.

Postzettel, die schägigeipalste Postzelle über deren Name
in der Morgenausgabe 20 Pf. auf der letzten Seite
20 Pf., in der Mittagnausgabe 25 Pf., am bevorzugten
Stelle entsprechend höher, werden in der Expedition für die
Mittagnausgabe bis 8 Uhr Vormittags, für die
Morgenausgabe bis 5 Uhr Nachm. angenommen.

1892

hat dieselbe bis jetzt immer das Recht gehabt, dasselbe selbständig festzusetzen, und sie wird an diesem Rechte festhalten.

Abg. Dr. Ritter (st.): Auch wir begrüßen die Vorlage. Die Gemeinden, die durch einen gewissen Erheiz höhere Schulanstalten seiner Zeit gegründet haben, deren Last sie jetzt nicht mehr tragen können, sind ja zu bedauern, aber die Konsequenzen müssen getragen werden. Der beste Ausweg in diesem Falle würde die Verstaatlichung sein. Auch ich würde die zwangsläufige Einstellung der Mehrbelastung in den Staat der Gemeinde für eine Härte halten. Bedenken habe ich gegen § 2, der am besten ganz beseitigt wird. Das System der Dienstalterszulagen muß strikt durchgeführt werden. Ferner ist eine Härte der Ausschluß der seminaristisch gebildeten Hilfslehrer. Es liegt kein Grund vor, sie anders zu behandeln als die anderen Lehrer an den höheren Lehranstalten. Im § 8, welcher die Schulen aufzählt, auf welche die Vorlage sich bezieht, vermitte ich die höheren Bürgerschulen und die landwirtschaftlichen Schulen.

Abg. Dr. Kropatsch (cons.): Ich kann mich den heute ausgesprochenen Bemängelungen und Wünschen nur anschließen. Ich erkenne aber an, daß die Vorlage einem dringenden Bedürfnis entspricht. Im Allgemeinen hat bereits Abg. Dr. Meyer das gelegt, was ich sagen wollte. Die zwangsläufige Erhöhung des Schulgeldes halte auch ich für bedenklich, nur bei vom Staat subventionierten Schulen halte ich das Recht des Staates, eine solche Erhöhung des Schulgeldes zu verlangen, für unzweckhaft.

Abg. Bödiker (tr.): Die Vorlage bestätigt einen unhaltbaren Zustand. Der Staat ist gezwungen, hier einzuschreiten, auch wenn er private Rechte verletzt.

Die Vorlage geht an eine Kommission von 21 Mitgliedern.

Es folgt die erste Berathung des Gesetzentwurfs, betr. die Verlegung des Bußtages (auf den Mittwoch nach dem letzten Sonntag Trinitatis).

Abg. Fr. v. Heereman (Btr.): Die Frage hat uns bereits im vorigen Jahre beschäftigt auf Grund von Anträgen der Abg. Schulz-Lüpitz und Seer. Damals haben wir den Standpunkt vertreten, daß die Aenderung einer Einrichtung, die sich im Gefühl und in den Sitten der Bevölkerung eingebürgert habe, nur aus sehr triftigen Gründen herbeigeführt werden würde. Wir erkennen nun gern an, daß in dieser Vorlage den Wünschen der katholischen Bevölkerung sehr entgegen gekommen ist, und daß unsere Bedenken gegen die vorjährige Regierungsvorlage zum großen Theil bestätigt worden sind. Die Bischöfe haben sich bereit erklärt den Antrag zu stellen, daß alle katholischen entsprechenden Feiertage verlegt und auf einen mit der Staatsregierung zu vereinbarenden Tag gelegt werden sollen, so daß ein Zusammenstoss mit der evangelischen Konfession möglich ist. Indem wir zu diesem Gesetze eine freundliche Stellung einnehmen, folgen wir unseren Bischöfen. Wenn auch die Zeit, in welche der Bußtag verlegt werden soll, uns sehr geeignet erscheint, wird aber doch noch über den Tag selbst eine Vereinbarung zu erzielen sein. Eine schwierige Frage ist es auch, wie in der Zwischenzeit vor dem Inkrafttreten des Gesetzes bis zum neuen ersten Bußtag die Feier der entsprechenden verschiedenen Bußtage in den einzelnen Landesteilen statthaben soll, damit nicht eine zweimalige Feier eintrete. Hoffentlich wird ein Zeitpunkt des Inkrafttretens gewählt werden, der alle Schwierigkeiten bestellt. In diesem Sinne werden wir für die Regierungsvorlage stimmen.

Kultusminister Dr. Bosse: Die Regierung legt auf das Zustandekommen des Gesetzes den größten Werth. Wir sind noch nie dem Ziele, die Unzuträglichkeiten zu beseitigen, so nahe gewesen, wie gerade jetzt, wo die Voraussetzungen einer Einigung mit den Bischöfen gegeben sind. Einen Zwang würde selbstverständlich die Regierung nicht ausüben, und das Gesetz nicht eher in Kraft treten lassen, als bis eine wirkliche Einigung mit den kirchlichen Behörden erzielt ist.

Abg. v. Benda (nl.) erklärt seine volle Zustimmung zu der Vorlage, welche den allgemeinen Wünschen in den evangelischen Landesteilen entspricht.

Abg. Stöcker (l.) erklärt, daß seine Partei einstimmig beschlossen habe, für das Gesetz zu stimmen, und zwar ohne Kommissionsberatung. Es seien nicht wirtschaftliche, sondern innere Gründe, welche die Zustimmung der Konservativen zu der Verlegung beeinflussen: daß in allen Landesteilen von der evangelischen Landeskirche der Bußtag am gleichen Tage gefeiert werde. Mit Freude sei zu begrüßen, daß mit den einzelnen Regierungen Norddeutschlands eine Einigung auf den von der preußischen Regierung beantragten Tag erzielt worden sei.

Abg. v. Kardorff (fr.) spricht ebenfalls im Namen seiner politischen Freunde die einstimmige Annahme des Gesetzentwurfs seitens derselben aus.

Damit ist die erste Berathung erledigt; die zweite Lesung wird unmittelbar im Plenum erfolgen.

Nächste Sitzung Dienstag 11 Uhr (zweite Berathung des Nachtrags-Stat., zweite Lesung des Berggesetzes).

Schlüß 3 Uhr.

Deutschland.

Berlin, 2. Mai. Die Pläne zur Umgestaltung der Umgebung des Schlosses sind wieder in ein neues Stadium getreten. Das "Tageblatt" erfährt von einem Schreiben des vielgenannten Herrn Kunze an den Magistrat. Herr Kunze teilt darin mit, daß ihm eine Anzahl patriotisch gesinnter Bürger anderthalb Millionen für die Regulirung des Schloßplatzes zur Verfügung gestellt habe. Diese Summe will er der Stadt für den gedachten Zweck überlassen, wenn sie in die Anlegung einer zwölf Meter breiten Terrasse an der Südfront des Schlosses willigt. Der Magistrat soll über das Projekt bereits berathen haben. So das "Tageblatt". Wir erinnern daran, daß der Magistrat schon vor mehreren Tagen die städtische Baudeputation mit der Auffstellung neuer Bau-

Nachstlinien für die Südseite des Schlosses beauftragt hat. Offenbar besteht zwischen dem Kunzischen Anerbieten und jenem Auftrage an die Bauabteilung ein Kausalzusammenhang. Die sehr eigenthümliche Angelegenheit muß hiernach von anderen Gesichtspunkten als bisher betrachtet werden, die Bedenken gegen alle diese Pläne erscheinen aber jetzt fast noch größer als zuvor. Schon vor mehreren Wochen wußte die „Frei. Ztg.“ zu berichten, daß Herr Kunze bei reichen Leuten umhergehe und Geld für die Verschönerung des Schloßplatzes sammle. Den reichen Gebern wurde in Aussicht gestellt, daß sie für ihre Freigebigkeit wohl mit Orden und Titeln bedacht werden könnten. Der Erfolg dieser Anregungen soll aber damals kein besonderer gewesen sein. Bei mehreren derart angezapften Personen sollen die Veranstaalter der seltsamen Idee eine ziemlich derbe Zurückweisung erfahren haben; Andere wollten so wenig zahlen, daß eine korrespondirende Ordensliste eine ganze Beilage des „Reichsanzeigers“ ausfüllt hätte, wenn so lange gesammelt worden wäre, bis die nötigen Millionen sich gefunden hätten. Unter dem Druck der erregten öffentlichen Meinung ist das Lotterieprojekt nunmehr offenbar vollständig gescheitert.

Außer Herrn Kleinschmidt, dem Bureaudirektor des Abgeordnetenhauses, hat auch schon der Regierungspräsident von Wiesbaden, Herr von Tepper-Vaski seinen Austritt aus dem Schloßfreiheits-Komitee erklärt, um seinen Namen nicht in Verbindung gebracht zu sehen mit den neuen Lotterieplänen, die fälschlicherweise als Annex der Schloßfreiheits-Lotterie ausgegeben worden waren. Herrn Kunze muß wohl auch von ministerieller Seite bedeutet worden sein, daß er sich nicht weiter bemühen möge, und wenn man einer in Abgeordnetenkreisen umgehenden Mittheilung vertrauen darf, so hat auch der Präsident des Oberverwaltungsgerichts Herrn Kunze, seinen Untergebenen, darauf aufmerksam gemacht, daß die von ihm entfaltete Thätigkeit nicht schön sei. Herr Kunze muß es nun aber inzwischen fertig gebracht haben, jene „patriotisch gesinnten Männer“, die ihm Anfangs nicht viele Chancen boten, stärker für seine Verschönerungspläne zu interessiren. Die anderthalb Millionen, die sie ihm angeblich zur Verfügung gestellt haben, sind immerhin eine stattliche Summe, mit der sich schon etwas machen läßt. Was aber soll man dazu sagen, daß in dieser Weise, hinten herum, zu Zwecken, denen die gesammelte öffentliche Meinung misstrauisch gegenübersteht, Geld gesammelt wird? Die Sache geht keineswegs blos den Sammlenden und den Gebenden an, sondern es sind sehr wichtige öffentliche Interessen, geradezu solche der öffentlichen Moral, die dabei in Frage kommen. Die Angelegenheit wird um so fataler, als sie jetzt auf die Entscheidungen der städtischen Behörden abgewälzt werden soll. Magistrat und Stadtvorordnete haben nicht ohne Weiteres die Befugnis, die Gelder, die ihnen für einen idealen Verschönerungszweck zur Verfügung gestellt werden, auf ihren Ursprung hin besonders sorgfältig zu kontrolliren. Den Schloßplatz künstlerisch umgestalten, ist eine Aufgabe, die nicht so schnell von der Hand gewiesen werden kann, und eine Gelegenheit, diese in der That wesentliche Verschönerung des Stadtinners so gut wie kostenlos durchzuführen, würde sich nicht so leicht wieder bieten. Den Antrag des Herrn Kunze anzunehmen, heißt, den Unmut des öffentlichen Urtheils auf sich ablenken. Ihn ablehnen, heißt sich eine werthvolle Möglichkeit der Entfaltung von Kunst und Schönheit entgehen lassen. So steht die Frage jetzt, und auf die Entscheidung, zumal in der Stadtvorordnetenversammlung darf man begierig sein. Daß alle diese Dinge mit der Frage der Errichtung des Kaiser Wilhelm-Denkmales nichts zu thun haben, liegt auf der Hand. Die Pläne, durch Niederlegung der Bauakademie und des Rothen Schlosses einen besseren Platz für das Nationaldenkmal zu gewinnen, haben ursprünglich allerdings einen Zusammenhang mit der Lotteriefrage in ihrem anfänglichen weitesten Umfange gehabt. Nachdem aber das Komitee für das Kaiser Wilhelm-Denkmal aus ästhetischen Gründen den Gedanken einer Demolirung der Schinkelschen Bauakademie verworfen hat, ist die Verbindung zwischen dieser und der engeren Schloßplatzfrage schon gelöst gewesen, noch bevor die Lotterie für den letzteren Plan allein aufgegeben war.

— In Sachen der Schloßlotterie erfährt die „Frei. Ztg.“ noch, daß der Hauptmacher, der Oberverwaltungsgerichtsrath Kunze, die Angelegenheit selbst als ein Duell bezeichnet habe, welches sich zwischen ihm und dem Finanz-

minister Miquel abspielle. Kunze habe mit einem Zeitungsinvestigator, der ihn vor kurzem aufsuchte, ganz offen darüber gesprochen, der Herr habe dabei auch geäußert, daß, wenn die Lotterie durch den Druck der öffentlichen Meinung in Preußen nicht zu Stande komme, ihr Zustandekommen in einem anderen Bundesstaate gesichert sei. Der „Volksztg.“ zufolge interessiren sich der Stadtkämmerer Maß, der Stadtbaurath Hobrecht und auch Bürgermeister Zelle, ebenso der Stadtvorordnete Vorsteher Dr. Stryk in Berlin für das Projekt. Fast alle diese Herren gehörten dem Komitee für die Freilegung der Schloßfreiheit an.

— Der freisinnige Antrag in Betreff der Schloßplatzfrage hat nach der „Frei. Ztg.“ seitens der Partei nachträglich eine Abänderung in der Fassung erhalten, um es zu ermöglichen, die Diskussion auch auf diejenigen Schloßplatzfragen auszudehnen, welche wie das Teichprojekt zur Zeit nicht mit Lotteriefragen in Verbindung stehen. Der Antrag ist deshalb in der neuen Fassung dahin gerichtet, die königl. Staatsregierung um Auskunft zu ersuchen: 1) ob dieselbe die Niederlegung fiskalischer Gebäude bzw. die Abtretung fiskalischen Bodens in der Umgebung des Schlosses beabsichtigt; 2) ob dieselbe es für angemessen erachtet, nochmals ein Lotterieprojekt zu genehmigen zur Erwerbung bzw. Niederlegung von Privatgebäuden in der Umgebung des königl. Schlosses. Der Antrag wird erst nach Abschluß der zweiten Beurtheilung der Vergeschnovelle im Plenum zur Verhandlung kommen, also voraussichtlich erst am Donnerstag oder Freitag dieser Woche.

Aus Westpreußen, 2. Mai. Die „Danz. Ztg.“ bringt folgende auffallende Mittheilung: „Wie wir von gut unterrichteter Seite vernnehmen, soll das Konsistorium der Provinz Westpreußen beschlossen haben, auf Grund der bekannten Verfassungsbestimmung des Artikels 24 den Anspruch zu erheben, daß die Leitung des evangelischen Religionsunterrichts in den biesigen simultanen Volksschulen einzelnen Geistlichen der Stadt übertragen werde.“ Demnach stellt sich das Konsistorium der Provinz Westpreußen ganz auf den Standpunkt des Centrums, wonach unter Leitung des Religionsunterrichts durch die Religionsgesellschaften die Ertheilung derselben zu verstehen sein soll und verlangt die Anerkennung dieser Auffassung in der Praxis auch unabhängig von der vorbehalteten gesetzlichen Regelung des Unterrichtswesens.

Militärisches.

= England als Landmacht. Ein recht trübes Bild von der körperlichen Unfähigkeit des britischen Soldaten zum Kriegshandwerk entwirft ein amtlicher, für den Generalleutnant Sir Evelyn Wood verfaßter Bericht des Dr. Hambleton, der die Körperbeschaffenheit, Verpflegung, Bekleidung und die Quartiere der englischen Soldaten zum Gegenstand einer eingehenden Untersuchung gemacht hat.

Derselbe spricht sich über das Armeekorps von Aldershot, „das erste Armeekorps, das Armeekorps, das angeblich bereit ist, binnen wenigen Stunden gegen jeden Feind in das Feld zu rücken, und dessen körperliche Ausbildung dem Rest des heimischen Heeres zum Mindesten nicht nachsteht“, wie folgt aus: „Ein kleiner Theil der Leute ist von kräftiger Körperbeschaffenheit, alle übrigen sind jedoch Männer und Knaben, die zum Erringen der Entbehrungen eines Krieges körperlich völlig untauglich sind und insgesamt die Quelle des großen, durchaus nicht natürlichen Siechthums bilden, welches an dem Körper der Armen zehrt.“ Dr. Hambleton setzt dann weiter auseinander, daß die körperliche Beschaffenheit der heimischen Truppen weder durch Drills noch durch Turnen, gute Verpflegung, gefundene Quartiere und eingehende ärztliche Kontrolle im Geringsten gebessert werde. Denn soviel die Leute die Fähigkeit, harten Dienst zu ertragen, erlangt hätten, würden sie ins Ausland geschickt, und an ihre Stelle rückte wieder jene Schaar „unentwickelter Männer und Knaben“. Den Hauptgrund des Siechthums, der unter diesen herrscht, bildet seiner Meinung nach die Schwindsucht. Um einen besseren Gesundheitszustand in der englischen Armee hervorzubringen, empfiehlt er unter Anderem die Befreiung der Brust von zu großem Druck durch die Uniform, tägliche Athmungsübungen, einwöchige Anwendung des Spirometers, gute Hautpflege, Vermeidung schlechter oder zu heißer Luft, körperliche Übungen aller Art, regelmäßig wiederkehrende Messungen der Soldaten und Aufklärung der Leute über den Einfluß guter und schlechter Gewohnheiten auf die Gesundheit. Schließlich räth er dringend zur Anlegung von Centralturnanstalten für Rekruten. Ob seine Ermahnungen aber von Erfolg gekrönt sein werden, muß sehr zweifelhaft bleiben, so lange die Behörden einzig und allein bedacht sind, die vom Kriegsministerium verlangte Zahl von Rekruten anzuwerben, ohne sich dabei um deren körperliche Tauglichkeit viel zu kümmern.

Bermischtes.

† Ein neu entstehendes Wikingerschiff. In Betreff der geplanten Ausstellung eines Wikingerschiffes in Chicago wurde heute von dem betreffenden Komitee beschlossen, eine National-Subskription zum Betrage von mindestens 60 000 Kronen zu eröffnen, zu dem Zwecke, eine getreue Nachbildung des bei Gogstad im Sandefjord aufgefundenen Wikingerschiffes in natur-

licher Größe zu bauen, dasselbe über den atlantischen Ozean segeln zu lassen und in Chicago auszustellen.

† Der berüchtigte Räuberhauptmann Giacomo Simeoni auf Corsica ist, wie dem „Hannoverischen Courier“ berichtet wird, endlich in die Hände der Polizei gefallen. Er wurde in der Nacht des 10. April nach einem blutigen Kampfe von Polizisten und einer Kompanie Soldaten umzingelt und dingfest gemacht. Die beiden Brüder Giacomo und Matteo Simeoni, die gefürchtetsten Banditen, die schon seit langem ganz Corsica durch ihre Einbrüche und Mordthaten in Furcht gesetzt hatten, waren schon acht Mal zum Tode verurtheilt worden. Kürzlich nun veranstaltete die Polizei in Folge der Ermordung eines reichen Fabrikanten, unterstützt von Militär, einen Zug in die Berge, wohn die Räuber sich in ihre Höhlen geflüchtet hatten. Fünfzig Gendarmen wurden in die Nähe der Dörfer gestellt, in denen Umgegend man, der Angabe eines Bauern nach, die Räuber vermutete, während die Soldaten, in kleinere Trupps getheilt, von verschiedenen Seiten in die Berge drangen. Beim hellen Mondenschein gewahrte einer dieser Trupps von einem Hügel aus verschiedene dunkle Gestalten um ein Feuer gelagert, die beim Anblick der Soldaten entflohen. Sofort verfolgten die Soldaten sie. Die Banditen — es waren die gefürchteten Brüder Simeoni mit ihren Gefährten — schossen auf die Soldaten, die natürlich sofort das Feuer erwiderten. Vom Lärm angelockt, kamen noch verschiedene andere Soldatentrupps, die in der Nähe umherstreiften, herbei, und es entspann sich nun im Dunkel der Olivenwälder eine kleine Schlacht. Drei Soldaten wurden erschossen. Unterdessen wurden die Räuber umzingelt. Trotzdem entkamen verschiedene. Vier, unter ihnen der gefürchtete Hauptmann Giacomo Simeoni, wurden nach schwerem Kampfe überwältigt und gefesselt. Zwei Räuber wurden erschossen.

Lokales.

Posen, den 3. Mai.

* Naturwissenschaftlicher Verein der Provinz Posen. Der naturwissenschaftliche Verein hielt am 27. d. M. unter dem Vorsitz des Herrn Dr. Landsberger seine Generalversammlung ab. Nach Verlehung des Protokolls der letzten Sitzung erstattete der Herr Vorsitzende den Jahresbericht. Der Verein zählt augenblicklich 110 Mitglieder. Zu Kassenprüfern wurden die Herren Oberlehrer Rast und Gymnasiallehrer Könnemann gewählt und wurde die nächste Versammlung ermächtigt, dem Herrn Kassirer Entlastung zu ertheilen, falls diese von den Reitoren beantragt wird. Darauf wurde der bisherige Vorstand, bestehend aus den Herren Oberpräsident v. Wilamowitz-Möller, Oberingenteur Venemann, Dr. Jarnatowski, Dr. Landsberger, Dr. Maniewicz, Dr. Mendelsohn und Dr. Thieme durch Zuruf wiedergewählt. Nach Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten hielt Herr Oberlehrer Dr. Käger einen Vortrag: „Über Sicherheitsmaßregeln gegen Schlagwetter.“ Anknüpfend an das Grubenunglück zu Andrelawes wies der Dr. Vortragender darauf hin, daß derartige Unglücksfälle immer häufiger aufzutreten scheinen. Dies hat wohl darin seinen Grund, daß der Bergbau zu immer größeren Tiefen hinabsteigt und dadurch die Gefahren gesteigert werden, aber durchaus nicht in einem Mangel an Fürsorge für die Sicherheit der Bergleute. Man hat vielmehr stets mit eifrigstem Bemühen die beiden Hauptfragen, welche sich hierbei ganz naturgemäß aufräumen, zu beantworten gesucht, nämlich: 1) Welches sind die Ursachen jener furchterlichen Explosionen, und 2) wie können jene Ursachen beseitigt werden, bez. welche Schutzmaßregeln können dagegen ergriffen werden. Schon seit Davy gilt es als sicher, daß die Ursachen vornehmlich in dem Vorhandensein von Kohlenwasserstoffgasen (Methan oder Sumpfgas CH₄) zu suchen sind, neben diesen kommen auch Wasserstoff und Kohlenoxyd vor, auch Kohlenstaub kann dazu beitragen. Der Bergmann nennt diese Gase „schlagende Wetter.“ Die 2. Frage hatte man damit zu erledigen gesucht, daß man die schlagende Wetter durch einen starken Luftzug entfernte. Darin hat man große Fortschritte gemacht, denn die Geschwindigkeit des Wetterstromes ist allmählich von 1,5 Mtr. per Sekunde bis auf ca. 7,5 Mtr. ja bis über 10 Mtr. per Sek. gestiegen. Besonders bemüht hat man aber auf die Herstellung von Schutzmaßregeln verwandt und solcher Apparate, die zum Nachweis schlagender Wetter dienen können. Diejenigen Gase, welche direkt aus der Kohle entweichen, wenn sie von den umgebenden Schichten befreit wird, bestehen hauptsächlich aus Sumpfgas, das brennbar und von geringem spezifischen Gewicht ist. Diese Gase haben sich in der Kohle gebildet und stehen dort unter gewaltigem Drucke. Mischen sich nun brennbare Gase mit atmosphärischer Luft, so findet die Bedingungen für eine Explosion vorhanden, es braucht nur die Entzündung eingeleitet zu werden. Die Entzündungstemperatur der verschiedenen Gasgemische ist eine verschiedene. Ferner ist zu beachten: sind zu wenig Gase vorhanden, so verbrauchen die zwischenliegenden Teile der Luft zu viel Wärme und die nächsten brennbaren Gasteile können nicht bis zur Verbrennungstemperatur erhitzt werden, sind aber zu viel Gase vorhanden, so fehlt der nötige Sauerstoff, und es tritt dann dasselbe ein, wie im ersten Falle. Ist mehr als 20 Proz. oder weniger als 5 Proz. Sumpfgas in der Luft enthalten, so findet keine Explosion statt, bei ungefähr 9,5 Proz. findet die stärkste Explosion statt. Der Ausbruch schlagender Wetter ist bisweilen sehr groß, so wurde z. B. beobachtet, daß aus einem Kohlenloch pro Minute ca. 43 cbm Grubengas entwichen sein müssen. Auf das Ausströmen der Gase sind auch Aufdruck und Temperatur nicht ohne Einfluß, besonders in den Gruben, wo viele alte Abbauräume (sogenannter alter Mann) vorhanden sind. Auch Erderschütterungen und mikroseismische

Stadttheater.

Posen, 3. Mai.

Hasemanns Töchter.

(Volksstück in 4 Akten von L'Arronge.)

Die Saison hat am Sonntag mit der Aufführung des allbekannten Volksstückes von L'Arronge „Hasemanns Töchter“ ihr Ende erreicht. Das Stück war hier wie auch vielfach anderswo auf dem Zettel als Volksstück aufgeführt, aber schon der Umstand, daß die Rolle Hasemanns selbst eine überwiegend komische und daß auch sonst das ganze komische Beiwerk weit über das im Volksstück gebräuchliche Maß hinausgeht, lassen es allerdings mindestens als zweifelhaft erscheinen, ob wir dasselbe richtiger zum Lustspiel oder zum Volksstück zu zählen haben. Aber sei dem wie ihm wolle, einen ernsten Versuch mittens aus dem Volksleben heraus Personen und Verhältnisse zu schildern, hat L'Arronge hier jedenfalls unternommen und was wir da und in den Stücken „Mein Leopold“ und „Doktor Klaus“ an treffender Charakteristik und natürlicher, lebensfrischer Gestaltungskraft zu sehen bekommen, läßt trotz vieler Mängel im Aufbau und in der Entwicklung der Gesamt-handlung uns tief bedauern, daß das reiche Talent L'Arronges in dieser Richtung nicht über die Anfänge einer gesunden Entwicklung hinauskommt. Neben dem lockeren willkürlichen Gefüge der Handlung wirkt freilich, wie schon angedeutet, das

allzu Possehafte keineswegs wohlthuend in dem Stück, ja Szenen, in denen ernste Konflikte plötzlich und unvermittelt durch solche oft bis zur Langeweile breite possehafte Entwicklungen unterbrochen werden, müssen ein seiner empfindendes Publikum direkt peinlich berühren. Man möchte sich manchmal versucht fühlen zwischen den Paaren Rosa Hasemann und Fabrikant Körner und dem Hüttenbesitzer und Claire in dem Ohnetschen Stück Vergleiche anzustellen, die was tiefere Empfindung und scharfes Erfassen des zu Grunde liegenden Konflikts betrifft, nicht zu Ungunsten des Deutschen aussagen dürften, aber auch überzeugend klar die, unleugbaren Vorzüge der Franzosen in der Exposition und einer eleganten äußerer Mache hervortreten ließen.

Es ist selbstverständlich, daß sich das gesamme Ensemble, soweit es zur Verwendung kam, alle Mühe gab, nochmals sein bestes Können zu zeigen, um so mehr da das Publikum seinerseits seiner Sympathie für die Scheidenten durch einen außerst zahlreichen Besuch — selbst das Orchester war dicht besetzt — sprechend Ausdruck gegeben hatte. Wenn trotzdem das Zusammenspiel hier und dort kleine Mängel aufwies, so war das leicht erklärlich, wenn man bedenkt, welche außergewöhnlichen Anforderungen an die Darsteller in der letzten Zeit durch die vielen neuen oder neu einstudirten Stücke gestellt worden waren. — Den alten Hasemann, eine trost der ihr anhaftenden manchmal

übertriebenen Komik immer noch anmutend gezeichnete Figur, gab Herr Büsser mit großer Virtuosität, wenn er sich auch manchmal durch seine Veranlagung verleiten ließ, die komische Seite gegenüber der gemüthlichen noch mehr zu betonen als für Dichtung, die ohnedies schon nach dieser Seite laborirt, immer gut war. Fräulein Csillag als Rosa bewies zum Abschied nochmals über welch großen Schatz von Leidenschaft und ungekünstelter Empfindung ihr Talent verfügt, während Herr Loeffler als Fabrikant Körner im übrigen eine äußerst sympathische Figur, uns in leidenschaftlichen Momenten manchmal etwas zu trocken und zurückhaltend erscheinen wollte. Recht flott und charakteristisch gab Herr Mischke den dergedreten ältern Schwiegersohn der Frau Hasemann, und diese letztere selbst wurde durch Fräulein Wilke ganz trefflich verkörpert. Sonst sind noch besonders anerkennend zu erwähnen Herr Bolzmann als Apotheker sowie die Damen Pestner und Steffen (als die beiden anderen Töchter Hasemanns), sowie Fr. Paulmann, welche die schrägzügige, klatschlustige Buhensfreundin Frau Hasemanns prächtig zur Geltung brachte. Daz es an diesem letzten Abend an lebhaftem und wohlvivierndem Beifall nicht fehlte, ist selbstverständlich. Hat doch unser diesjähriges Schauspielensemble seine schwierige und nicht immer dankbare Pflicht der guten Stadt Posen zu Ehren gewiß im vollsten Umsange erfüllt.

B.-r.

Bewegungen mögen darauf einwirken. Die Beseitigung der Gase wird nun durch die Wetterführung bemüht; die atmosphärische Luft tritt meistens in den Förderungsschacht ein und wird nach einem besonderen Schacht, dem Witterschacht, hingeführt, wo sie durch gewaltige an der oberen Mündung aufgestellte Ventilatoren angesaugt wird. Auch hat man, in Berücksichtigung der Thatsache, daß die leichten Sumpfgase zunächst immer in die Höhe steigen, an den ersten entlang ein System von Saugröhren gelegt, und vermittelst einer Saugpumpe die schädlichen Gase entfernt, die man noch zu Heizzwecken verwenden konnte. Außerdem hat man auch Sicherheitsmaßregeln zu schaffen gesucht, solche, durch welche die Entzündung schlagender Wetter möglichst vermieden werden, und solche, durch welche schlagende Wetter angezeigt werden, sogenannte Indikatoren. Man hat dies beides mit der Lampe zu vereinigen gesucht. Da die Bergleute immer das Bestreben haben, die Lampe zu öffnen, um besseres Licht zu erhalten, so mußte vor allem ein möglichst sicherer Verschluß erfunden werden. Die Versuche mit einem Drahtnetz haben ergeben, daß bei bestimmter Gestaltung desselben brennende Gase durch dasselbe nicht hindurchschlagen vermögen, und zwar kann in Folge der Ablösung auf der andern Seite des Drahtnetzes die Verbrennungstemperatur nicht erreicht werden. Eine mit solchem Drahtnetz umgebene Lampe heißt Sicherheitslampe, denn die Gase können zwar mit der Luft eintreten, aber die Explosionsflamme kann nicht hinausdringen. Solche sind zuerst von Davy konstruiert worden. Dieser sind sehr viele Abänderungen gefolgt. Es werden die Davylampe und die Wolff'sche Benzin-Lampe mit Verbrennungszünder eingehend beschrieben; die Theile der letzteren können an einem dem Vortragenden zur Verfügung gestellten Exemplar im einzelnen genauer betrachtet werden. An dieser sind besonders der Glascylinder hervorzuheben, der einen Theil des Drahtnetzes ersetzte und die volle Ausnutzung des Lichtes gestattete, und der sinnreiche Verschluß der Lampe, welcher nur durch einen sehr starken Magneten geöffnet werden kann. Die Lampe kann auch als Indikator benutzt werden. Tritt explosives Gasgemisch in das Innere, so brennt es und die Flamme muß erstickt werden. Ist aber weniger als 5 Prozent Grubengas vorhanden, so bildet sich um die schwach leuchtende Flamme eine bläuliche Aureole und die Leuchtfiamme verlängert sich umso mehr je mehr Gase vorhanden sind. Dann können bei einem gewissen Gehalt die Gase und die Flamme leicht weiter brennen und das Drahtnetz so erhitzen, daß schließlich die Flamme durchschlagen kann; deshalb ist im Allgemeinen die Luft, die Sauerstoff noch im Überschuss enthält, gefährlicher als die, welche gerade genug Sauerstoff enthält und am bestmöglich explodiert. Die Indikatoren kann man nach folgenden Gesichtspunkten gruppieren:

1. Apparate, bei denen bestimmte Flammenreaktionen zur Erkennung benutzt werden. 2. Das spezifische Gewicht wird zur Erkennung benutzt. 3. Die Bestimmung erfolgt auf akustischem Wege. 4. Die Volumabnahme bei der Verbrennung wird zur Bestimmung benutzt. 5. Die Bestimmung erfolgt durch begrenzte Explosion. 6. Die Wärmeentwicklung, welche durch Absorption und Verbrennung erfolgt, wird zur Bestimmung benutzt. 7. Elektrische Apparate mit Lautwerk. 8. Lampen mit Alarmsvorrichtung. 9. Apparate zur Aufnahme und Untersuchung der Gase. 10. Die Wetterpflanze als Indikator. — Im weiteren Verlauf wurden nur die wichtigsten Vertreter jeder Gruppe durch Experimente oder Abbildungen vorgeführt und erklärt. Nachdem dann die „sogen. stinkenden Wetter“ (Kohlenoxyde), ferner der Einfluß des Kohlenstaubes und die Selbstentzündung besprochen waren, wurde zum Schluß auf die günstige Verwendung der elektrischen Edisonlampe als Sicherheitslampe hingewiesen, die sich in einigen Gruben bereits glänzend bewährt habe.

Br. Verein ehemaliger 99er. Wie schon früher mitgetheilt, beabsichtigt man in unserer Stadt einen Verein ehemaliger Angehörigen des 99. Infanterie-Regiments zu gründen. Nachdem nun eine genügende Anzahl von Herren zum Beitritt sich bereit erklärt haben, steht diese Gründung demnächst bevor. Es ist auch schon auf Donnerstag, den 5. d. M., Abends 8^h, Uhr, in dem Gürich'schen Lokal am Alten Markt eine Versammlung anberaumt worden, in welcher die Gründung des neuen Vereins vollzogen werden soll. Alle Dienstigen, welche dem Regiment 99 früher angehört haben, und dem neuen Verein noch nicht beigetreten sind, sollen von Seiten des Komitees noch besonders darum ersucht werden.

br. Pferdemusterung. Gestern fand die nach § 1 des Pferde-Aushebung-Reglements vom 22. Juni 1886 alle zehn Jahre vorzunehmende Pferdemusterung sämtlicher Pferde biefiger Stadt durch die Pferdemusterungs-Kommission auf dem Exerzierplatz am Ritterthor statt. Dabei sind im Ganzen 995 Pferde vorgestellt worden, von denen 338 kriegsbraubar befunden wurden und zwar 35 Reitpferde, 90 Stangenpferde, 172 Borderpferde und 41 besonders schwere Zugpferde.

Telegraphische Nachrichten.

Breslau. 1. Mai. Trotz des sehr schlechten Wetters wurde die Maifest hier unter zahlreicher Beteiligung abgehalten. Ruhestörungen sind nicht vorgekommen.

Worms. 2. Mai. Die „Barmer Btg.“ meldet: Am Freitag wurde aus dem Buchthause zu Werden der Tagelöhner Heiseholt entlassen, welcher durch Spruch des Schwurgerichts zu Elberfeld vom September 1887 wegen eines schweren Sittlichkeitsattentats zu sechs Jahren Buchthaus verurtheilt worden war. Der vorbestrafte Angeklagte batte die That entschieden gelehnt, da aber die überfallene Frau ihm unter Eid als den Täter bezeichnete, erfolgte die Verurtheilung. Jetzt ist durch Zeugenvernehmung sein Alibi nachgewiesen. Seit Januar 1888 hat er unschuldig im Buchthause gesessen.

Hamburg. 2. Mai. Der „Hamb. Börsenb.“ zufolge sind von der Börsenkommission als Sachverständige der Bankbranche Siegmund Hinrichsen, F. Lippenberg und Direktor Schintel von der Norddeutschen Bank in Hamburg zu einer demnächstigen Vernehmung eingeladen worden. — Des Weiteren meldet die „Börsenhalle“, die Exportfirma Schiffmann und Meyer in Hamburg und Rio habe heute die Zahlungen eingestellt, weil die erwarteten Rimesse des Hauses in Rio ausgeblichen seien. Die Verbindlichkeiten sollen eine Million betragen. Beteiligt seien deutsche und englische Fabrikanten sowie einige biefige erste Häuser. Zunächst werde die Liquidation der Firma versucht.

München. 2. Mai. Die Abgeordnetenkammer erhöhte die von der Regierung vorgeschlagene Aufbesserung der Lehrergehälter um 26000 M. auf die Gesamtsumme von 891000 M. Der Kultusminister Dr. v. Müller stimmte dieser Erhöhung zu.

München. 2. Mai. Der Kammer der Abgeordneten wurde heute der Militäretat für 1892/93 vorgelegt, in welchem sich unter Anderem Forderungen für die Zelt-Ausrüstung der Truppen, die Beschaffung von Hunden für die Jäger-Bataillone und die Errichtung einer eigenen Druckerei des Kriegsministeriums befinden. Die Kammer genehmigte ohne Debatte die Anträge des Ausschusses über die Regelung der Funktionszulagen für das Personal der Eisenbahn-, Telegraphen- und Postverwaltung.

Wien. 2. Mai. Zwischen einer spät in der Nacht aus dem Brater zurückkehrenden Arbeiterschaar und der Polizei kam es zu einem Zusammenstoß, weil die erstere den Versuch machte, rothe Tücher als Fahnen aufzustecken. Ein Rädelssührer wurde nach geringem Widerstande verhaftet.

Pest. 2. Mai. Das Abgeordnetenhaus hat in seiner heutigen Sitzung das Budgetprovisorium angenommen. Im Laufe der Debatte erklärte der Finanzminister Weller, er werde demnächst die die Valutaregulierung betreffenden Gesetzentwürfe dem Hause vorlegen und zu diesem Zwecke eventuell eine Unterbrechung der Budgetberathung verlangen.

Petersburg. 2. Mai. Minister von Giers kann nun mehr als außer Gefahr befindlich betrachtet werden. Die Entzündungerscheinungen in der Brust sind verschwunden. Bulletins werden nicht mehr ausgegeben.

Petersburg. 2. Mai. Der Bau der sibirischen Bahn wird, trotzdem von vielen Seiten, besonders von französischen Finanzgruppen, diesbezügliche Anerbietungen gemacht wurden, von der Krone selbst unternommen werden.

Rom. 2. Mai. Die Zolleinnahmen für den Monat April d. J. betrugen 19 800 000 Lire. Es ist dies das günstigste Ergebnis der letzten Monate.

Der Massenverwalter und die Obligationsinhaber der Savonaer Stahlwerke haben vorgestern die Session der Werke an die Stahlwerke von Terni ratifiziert.

Das Uebereinkommen mit den italienischen Fabrikanten betreffend das Bündhölzchenmonopol wurde, nach einer Mel-

nung der „Agenzia Stefani“, gestern unterzeichnet.

Paris. 2. Mai. In dem heutigen Ministerrathe teilte der Ministerpräsident Loubet die bisher bekannt gewordenen Resultate der geirigen Gemeinderathswahlen mit; dieselben beweisen den stetigen Fortschritt der republikanischen Idee. Von den 204 Hauptorten der Departements oder Arrondissements haben in 191 die Republikaner die Majorität. Die Republikaner gewannen die Majorität im Bay de Domé und in 6 Arrondissementshauptorten, ferner kommen die Republikaner in Nantes in die Stichwahl.

Paris. 2. Mai. In Fourmies fand heute zum Gedächtnis der bei dem Krawall vom 1. Mai vorigen Jahres getöteten Arbeiter eine gottesdienstliche Feier statt. Nach derselben begab sich eine nach mehreren Tausenden zählende Menschenmenge nach dem Kirchhof, wo der Deputierte Lafarge und andere Sozialisten aufzufreisende Reden hielten.

Paris. 2. Mai. Die Municipalwahlen sind in den Departements in größter Ruhe verlaufen, ausgenommen in vier Gemeinden Südfrankreichs, wo die Wahlurnen mit Gewalt weggenommen wurden. Das bis jetzt erst aus den Städten bekannte Wahlresultat ist im Allgemeinen ein für die Republikaner günstiges.

Marcelle. 1. Mai. Bei einem heute an der Grenze des Weichbildes der Stadt abgehaltenen Meeting kam es zu Streitigkeiten; die Polizei musste einschreiten und nahm zwei Verhaftungen vor. Kavallerie-Abtheilungen säuberten den Platz.

Barcelona. 2. Mai. Gestern wurden hier 17 Sozialisten verhaftet. Ruhestörungen sind nicht vorgekommen.

Barcelona. 2. Mai. Die Polizei hat neuerdings 18 Verhaftungen vorgenommen. Eine Petarde wurde von derselben entdeckt, die Explosion aber durch Abschneiden der Bündchnur verhindert.

Lissabon. 2. Mai. Die hier veranstalteten Kundgebungen verließen in vollster Ruhe. Die Arbeiter legten auf den Gräbern verstorbenen Gefinnungsgenossen Kränze nieder und demonstrierten zu Gunsten des Achtstundentages.

Lüttich. 2. Mai. In der vergangenen Nacht wurden mehrere Anarchisten verhaftet, darunter ein Schneider, welcher in dem Verdachte steht, Urheber der Explosion in der Kirche St. Martin zu sein.

London. 2. Mai. Das „Reuter'sche Bureau“ meldet aus Buenos-Ayres von heute: Die Provinzialkammern sind heute eröffnet worden. In der Gründungsrede hob der Gouverneur die große Zunahme der Provinzialeinkünfte hervor, und machte den Vorschlag die Papierbeschuld zu kapitalisieren. — Einer Meldung derselben Bureaus aus Melbourne zufolge ist der Frauenmörder Deeming zum Tode verurtheilt worden. Die Jury erklärte ihn für nicht geisteskrank.

Athen. 2. Mai. Nach hier vorliegenden Nachrichten wäre eine Entwendung eines großen Quantums von Dynamit und Pulver auf der Insel Korfu in der Nacht vom Donnerstag zum Freitag erfolgt.

Cetinje. 2. Mai. Zwischen den Albanesen von Gusinje und dem dortigen Kaimakam ist es zu einem Konflikt gekommen. Der Kaimakam wurde vertrieben. Auch in Ipek sollen Unruhen vorgefallen sein.

Rom. 3. Mai. Der Papst empfing gestern eine Deputation deutscher Pilger, die sich nach dem heiligen Lande begeben.

Lüttich. 2. Mai. Die Abends explodierte Dynamit-Patrone, welche auf der Schwelle eines Hauses am Boulevard Sanvenero niedergelegt worden war, hat durch die verursachte Erstürmung das Pflaster der Straße und des Hausschlufs aufgerissen; der Schaden ist ein beträchtlicher. Das benachbarte Haus ist ebenfalls stark beschädigt; die Fensterscheiben sind in allen Stockwerken zerbrochen. Die Behörden sind am Thatore erschienen; die Aufregung in der Stadt ist groß.

Lüttich. 3. Mai. Unmittelbar nach der Explosion auf dem Boulevard Sanvenero wurde ein Mensch, welcher die Flucht ergriff, verhaftet. Es ist ein deutscher Geschäftstreiber, der einen Fahrtschein Aachen-Charleroi besaß. Derselbe leugnet hartnäckig jede Schuld.

Handel und Verkehr.

** Der Einlösungskurs der österr. Silbercoupons ist unverändert 170,50 geblieben.

** Russische Zuckerproduktion. In der Kampagne 1891/92 standen im europäischen Russland 226 Kunfelrüben-Zuckerfabriken in Betrieb. Auf diesen Fabriken wurden im Laufe der Kampagne

verarbeitet 26 255 612 Verl. Kunfelrüben (gegen 30 199 018 Verl. in der vorjährigen Kampagne). Sämtliche Fabriken verarbeiteten an einem Tage 352 168 Verl. (gegen 338 891 Verl. im Vorjahr); von einer Fabrik sind an einem Tage durchschnittlich 1576 Verl. (gegen 1519 Verl. im Vorjahr) verarbeitet worden. Aus der Verarbeitung der Kunfelrüben wurden gewonnen: 1 620 123蒲蒲 (gegen 2 122 203蒲蒲 in der Kampagne des Vorjahres), 15 342 555蒲蒲 weisser Sandzucker (gegen 15 616 700蒲蒲 im Vorjahr), 117 523蒲蒲 gelber Zucker (gegen 3040蒲蒲 im Vorjahr), 662蒲蒲 Raffinade-Syrup (gegen 1394蒲蒲) und 3 038 318蒲蒲 schwarzer Syrup (gegen 3 255 931蒲蒲 in der vorjährigen Kampagne).

** Bradford, 2. Mai. Wolle ruhiger, stetig. Die jüngsten größeren Einfüsse wurden zu niedrigsten Preisen gemacht. Kolonialwolle nicht in demselben Verhältnis wie in London gestiegen. Garne erfuhr nur geringe Besserung. Stoffe ruhiger.

Marktberichte.

Bromberg. 2. Mai. (Amtlicher Bericht der Handelskammer.) Weizen 195—205蒲蒲, geringe Qualität 185—194蒲蒲. — Roggen 185—195蒲蒲, geringe Qualität 180—184蒲蒲. — Gerste 150—160蒲蒲, Brau 160—165蒲蒲. — Futtererbsen 170—180蒲蒲, Kichererbsen 190—200蒲蒲, Hafer 150—160蒲蒲. — Spiritus für 10 000 Liter prozent 50er Konsum 60,00蒲蒲, 70er 40,50蒲蒲.

Breslau. 2. Mai. (Amtlicher Produkten-Börsen-Bericht.) Roggen p. 1000蒲蒲. — Gef. — Ctr. abgelaufene Kündigungsscheine —, p. Mai 208,00蒲蒲, p. Sept.-Okt. 170,00蒲蒲. Hafer (p. 1000蒲蒲) p. Mai 147,00蒲蒲. Rüb 51 (p. 100蒲蒲) p. Mai 55,00蒲蒲. Spiritus (p. 100 Liter à 100 Proz.) ohne Faz: excl. 50 und 70蒲蒲. Verbrauchsabgabe gefündigt —, Liter, p. Mai (50er) 58,20蒲蒲, Mai (70er) 38,70蒲蒲, Mai-Juni 38,70蒲蒲. Juli-August 40,80蒲蒲. August-September 40,80蒲蒲. Binf. Hohenlohe 22,50 bez. Die Börsenkommision.

Meteorologische Beobachtungen zu Posen im Mai 1892.

Datum	Barometer auf 0 Gr. reduz. in mm:	Wind 66 m Seehöhe.	Wetter.	Temp. i. Cel. Grad
2. Nachm.	748,5	NO leicht	bedeckt	+16,1
2. Abends	748,0	SW mäßig	bedeckt	+ 9,5
3. Morgs.	748,8	SW mäßig	bedeckt	+ 7,5

*) Nachmittags Regen und Ferngewitter. *) Nachts und früh Regen.

Am 2. Mai Wärme-Maximum + 16,6° Cel.

Am 2. = Wärme-Minimum + 6,0° =

Wasserstand der Warthe.

Posen, am 2. Mai Morgens 1,42 Meter.

= 2. = Mittags 1,42 =

= 3. = Morgens 1,46 =

Wasserstand der Warthe.

Breslau. 2. Mai. Fest. Neue 3proz. Reichsanleihe 85,45, 3½ proz. L.-Wechselbr. 97,05, Konz. Türk. 19,85, Türk. Looe 80,50, 4proz. ung. Goldrente 93,50, Bresl. Diskontobank 94,25, Breslauer Wechslerbank 95,00, Kreditafftien 173,25, Schles. Bankverein 110,50, Donnersmarchhütte 79,50, Flöther Maschinenbau —, Katowitzer Alten-Gesellschaft, für Bergbau u. Hüttenbetrieb 118,00, Oberschles. Eisenbahn 54,25, Oberschles. Wortsland-Bement 83,00, Schles. Cement 116,50, Oppeln-Bement 88,00, Schles. Dampf. C. —, Krakau 122,00, Schles. Binfaktien 192,00, Laurahütte 110,25, Verein. Delfsbr. 84,50, Österreich. Banknoten 171,00, Russ. Banknoten 214,10, Giebel Cement —.

Frankfurt a. M. 2. Mai. (Schlußkurse). Fest. Lond. Wechsel 20,417, 4proz. Reichsanleihe 106,70, österr. Silberrente 80,90, 4½ proz. Papiererlöse 81,50, do. 4proz. Goldrente 95,00, 1860er Looe 125,50, 4proz. ungar. Goldrente 93,30, Italiener 89,10, 1880er Russen 93,70, 3. Orientali. 69,60, unifiz. Egypter 97,70, konv. Türk. 19,80, 4proz. türk. Anl. 85,00, 3proz. port. Anl. 27,10, 5proz. serb. Rente 80,50, 5proz. amort. Rumänier 97,80, 6proz. konz. Mex. 82,10, Böh. Weißb. 301, Böh. Nordbahn 154,00, Franzosen 247, Galtzler 181, Gotthardbahn 136,00, Bombarben 76, Lübeck-Büchen —, Nordwestbahn 179, Kreditafftien 276, Darmstädter 139,60, Mitteld. Kredit 96,80, Reichsb. 147,30, Dist. Kommandit 194,70, Dresdner Bank 141,30, Pariser Wechsel 81,15, Wiener Wechsel 170,70, serbische Tabakrente 81,20, Bochum. Gußstahl 119,00, Dortmund. Union 57,90, Harpener Bergwerk 143,00,

